

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 18727.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Säulen 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 30. Jan. (W. T.) Die für den 2. Februar in Aussicht genommene Abreise des Erzherzogs Franz Ferdinand nach Petersburg ist zum 4. oder 5. Februar verschoben worden.

Kaiser Wilhelm hat den Auftrag ertheilt, heute am Sterbetage des Kronprinzen Rudolf auf den Sarg einen Aran mit der Widmung: „Dem treuen Freunde — Kaiser Wilhelm II.“ niederzulegen.

Paris, 30. Januar. (W. T.) In der Kammer gab bei der Berathung eines Antrages betreffs des Verbots der Aufführung des „Thermidor“ der Ministerpräsident Freycinet die Erklärung ab, die Regierung bewahre die Errungenschaften der Revolution, ohne die Ausschreitungen der Schreckenherrschaft zu billigen, und verlangte einfache Tagesordnung. Dieselbe wurde mit 315 gegen 192 Stimmen angenommen.

London, 30. Januar. (Privatelegramm.) Es circuliert das Gerücht, daß der französische Transporbampfer „Anamite“, der am 1. Januar mit 71 Passagieren von Toulon nach Cochinchina abgegangen ist, nach der Einschiffung eines Infanteriebataillons in Oran auf hoher See untergegangen sei.

Madrid, 30. Jan. (W. T.) Bei Wahlunruhen in Gallegos (Salamanca) wurden drei Personen von der Opposition angehörigen Bauern erschossen.

Tscha, 30. Januar. (Privatelegramm.) Königin Natalie wird im nächsten Sommer auf Sinai wohnen.

Belgrad, 30. Januar. (W. T.) Das gesammte Cabinet hat seine Entlassung eingereicht. Die wahre Ursache des Rücktritts des Ministers des Innern (die, wie gemeldet, schon vorher erfolgt war) ist, daß er eine allgemeine Politik des Cabinets in radikale Sinne wollte. Wahrscheinlich wird Paschic das neue Cabinet bilden.

Athen, 30. Jan. (W. T.) Im Bezirk Athaman bei Trikala in Thessalien sind durch eine Lawine gegen 80 Häuser verschüttet und dabei etwa 25 Personen getötet und viele verletzt worden.

New York, 30. Jan. (W. T.) Schatzsekretär Windom ist gestern Abends bei einem Banket im Handelsgesetz plötzlich nach Beendigung einer Rede tot niedergestürzt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 30. Januar. Die Frage des Wahlrechts in der Steuercommission.

Gestern (Donnerstag) Abend verhandelte die Einkommensteuer-Commission des Abgeordnetenhauses über die wichtige Frage des Wahlrechts. Trotz der späten Abendstunde, in welcher die Verhandlungen stattfanden, ging uns hierüber noch ein Bericht, wie folgt:

Es lagen die nachstehenden Anträge vor:

1. Ein Antrag v. Huene, der dahin geht, als § 79 a einzufassen:

Bis zu anderweitiger, in Folge der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an kommunale Verbände ev. erforderlicher verbinder Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten wird bestimmt:

In Gemeinden, welche in mehrere Urwahlbezirke getheilt sind, wird — unter Abänderung der bestehenden Bestimmungen des § 10 der Verordnung vom 30. Mai 1849 (G. G. 1849, S. 205) — für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilungsliste gebilbet.

Eine Abänderung der am 1. Januar 1891 in solchen Gemeinden vorhanden gewesenen Urwahlbezirke darf nur dann stattfinden, wenn dieselbe durch Änderung der Einwohnerzahl nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften notwendig wird.

2. Ein Principalantrag Rickert, welcher das Reichswahlrecht für die Landtagswahlen einführen will.

Ein Eventualantrag, welcher in al. 2 § 79 festsieht, daß die Regelung der in Folge dieses Gesetzes nötigen Bestimmungen über das Wahlrecht durch besonderes Gesetz erfolgt.

In einer Resolution wird die Regierung um Vorlegung dieses Gesetzes ersucht, durch welches das Wahl-

recht der bisher in den mittleren und unteren Stufen eingeschäkten Urwähler mindestens in dem bisherigen Umfange gewahrt werde. Dieses Gesetz soll gleichzeitig mit dem Gesetz über die Einkommensteuer in Kraft treten.

Der Commissar des Ministeriums des Innern erklärte den Principalantrag Rickert für unannehmbar, da die Regierung an dem bisherigen Wahlsystem für die Abgeordnetenhauswahlen festhalte. Auch gegen den Eventualantrag Rickert müsse er sich erklären. Bezuglich des Antrages Huene bemerkte er, daß es immerhin zweifelhaft sein könnte, ob eine Verfassungsänderung vorliege. Die Staatsrechtslehrer seien darüber verschiedener Meinung.

Der Herr Finanzminister erklärte sich ebenfalls entschieden dagegen, daß bei dieser Gelegenheit das System des Wahlrechts vollständig zu ändern versucht werde.

Aus der Debatte ging hervor, daß man eine sichere Ueberzeugung über die Wirkung des Antrages Huene auf das Wahlrecht nicht habe. Die Vertreter der conservativen, freiconservativen und nationalliberalen Partei erklärten sich bereit, für den Antrag Huene vorläufig zu stimmen, vorbehaltlich der Abstimmung im Plenum.

Die Anträge Rickert wurden beide mit 20 gegen 6 resp. mit 21 gegen 5 Stimmen abgelehnt, der Antrag Huene Abs. 1 und 2 mit 24 gegen 2 Stimmen angenommen, der Abs. 3 des Antrags Huene abgelehnt. Der Antrag, darin eine Verfassungsänderung zu sehen, wurde mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Nach der der Commission vorliegenden Berechnung darüber, wie sich die drei Abtheilungen für die Abgeordnetenwahl gestalten würden, wenn nach dem Antrag v. Huene die Abtheilungslisten für jeden Urwahlbezirk besonders aufgestellt werden, tritt eine erhebliche Verschiebung der Stimmenzahl der ersten und zweiten Abtheilung nur in den großen Städten ein. In Röhl, z. B. würde die Zahl der Mitglieder der 1. Abtheilung von 683 auf 1244, der 2. Abth. von 3555 auf 4225 steigen; in der 3. Abth. aber von 51 300 auf 50 069 sinken. In mittleren Städten, z. B. Neisse, wäre das Verhältnis das folgende: 1. Abth. 119 Stimmen (bisher 111), 2. Abth. 284 (bisher 294), 3. Abth. 2475 (bisher 2473). In Landkreisen, z. B. Delitzsch, würde die 1. Abth. von 76 auf 78, die 2. Abth. von 168 auf 178 steigen, die 3. Abth. von 1225 auf 1313 fallen.

Der Compromiß in der Landgemeindeordnungs-Commission.

Gestern (Donnerstag) Abend berichtete die Landgemeindeordnungs-Commission des Abgeordnetenhauses, nachdem die vorbehalteten §§ 51 und 53 erledigt waren, die §§ 2 und 126, den springenden Punkt der Vorlage. Hierzu lagen die Compromiß-Anträge vor, welche bekanntlich bei der endgültigen Entscheidung über die Eingemeindung von Gutsbezirken in Landgemeinden im öffentlichen Interesse das Staatsministerium an die Stelle des Ministeriums des Innern setzen und in den wesentlichsten Punkten wörtlich lauten:

3. Zwischen Abs. 2 und 3 einer neuen Absatz einzuschalten, dahin lautend: Landgemeinden und Gutsbezirke, welche ihre öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen außer Städte sind, können durch königliche Anordnung aufgelöst werden. Die Regelung der communalen Verhältnisse der Grundstücke derselben erfolgt nach Maßgabe der Vorschriften in Abs. 2.

4. In Abs. 3 sind die Worte:

„oder wenn beim Widerpruch Beihilfester — erforderlich“ zu streichen und, wie folgt, zu ersetzen:

„Wenn ein Einverständnis der Beteiligten nicht zu erzielen ist, so ist die Zustimmung derselben, sofern das öffentliche Interesse dies erheischt, im Beschlusserfahren durch den Kreisausschluß zu erzielen. Gegen den auf Beschränkung ergehenden Beschluss des Kreisausschusses steht den Beteiligten und nach Maßgabe des § 123 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 dem Vorsitzenden des Kreisausschusses die weitere Beschwerde an den Provinzialrat zu. Erachtet der Oberpräsident das öffentliche Interesse durch den Beschluss des Provinzialrats für gefährdet, so steht demselben in dergleichen Weise die Beschwerde an das Staatsministerium offen. Der mit Gründen zu versiehende Beschwerde des Staatsministeriums ist dem Oberpräsidenten befußt Zustellung an die Beteiligten zugetragen.“

5. Hinter den Abs. 4 folgenden neuen Absatz einzuschalten:

beiden Akten bereits hervor: erstmals das Schwanken des Cäcilie, der von der Ausdrucksweise der großen Oper zu der komischen Oper und selbst der Operette, einschließlich des gesprochenen Wortes hinabsteigt; und zweitens das menschlich Unmögliche der Hauptfigur, die nicht an psychologischen, sondern an den viel ungewöhnlicheren physiologischen Gründen liegt. Ein Weib, das duzendweise Liebhaber nach einander gehabt hat, und dessen Liebe, wie gleichfalls der Text besagt, immer nur sechs Wochen dauert, ist bei dem nichts weniger als platonischen Charakter dieser Liebe bei Licht besiehen doch ein Unding; wenn auch die Episode aus ihrem Leben, die in der Oper erscheint, die Liebe zu Jose, am Tage nachdem sie den Vorigen davongetragt hat, der Wechsel derselben an dem Tage, da Jose nach zweimonatlichem Leiden für sie wiedererscheint, mit der Liebe zu dem Toreador noch möglich wäre. Freilich aber läßt der Dichter sie mit ihrem Reiz auf Jose schon im Voraus aus Berechnung wissen, da sie vor der Tanzscene den Versuch verspricht, ihn zum Zigeunerleben zu bestimmen, wodurch ihre Liebe selbst, schon so lange als sie noch dauert, doch in einem eigenthümlichen Lichte erscheint.

Ein öffentliches Interesse im Sinne der Absätze 3 und 4 ist dann als vorliegend anzusehen

1. wenn Landgemeinden oder Gutsbezirke ihre öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen außer Städte sind,
2. wenn die Zersplitterung eines Gutsbezirks oder die Bildung von Colonien in einem Gutsbezirk dessen Umnutzung in eine Landgemeinde oder dessen Aufschaltung zu einer oder mehreren Landgemeinden notwendig macht,
3. wenn in Folge örtlich verbundener Lage mehrerer Landgemeinden oder von Gutsbezirken oder Theilen derselben mit Landgemeinden ein erheblicher Widerstreit der communalen Interessen entstanden ist, dessen Ausgleichung auch durch Bildung von Verbänden im Sinne der §§ 126 ff. nicht zu erreichen ist.

Über den Verlauf der Verhandlungen geht uns heute folgende Meldung zu:

Berlin, 30. Jan. (Privatelegramm.) In der Landgemeindeordnungs-Commission beantragte Abg. Rickert zu § 2 die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der Minister des Innern erklärte die Regierungsvorlage für besser; aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes trete er auch in den vorliegenden Anträgen liegenden Compromissen bei. Allerdings werde der Geschäftsgang dadurch schleppender und weitaus länger, aber die Schlusshentscheidung liege dennoch in der Centralinstanz. Es wurden darauf die Compromißanträge mit großer Mehrheit angenommen, ferner ein Zusatz zu dem Antrag 6 dahin, daß „öffentliche Interesse nur dann als vorliegend anzusehen ist, wenn“ ic. Der Minister Herrfurth erklärte, hierzu eine bindende Erklärung nicht abgeben zu können.

Im Reichstage

hatte gestern der Staatssekretär v. Stephan am Bundesrathstisch das Kreuzfeuer der Redner aufzuhalten, welche die Würde der Presse auf ihre Weise gegen seine vorgestrittenen Ausführungen wahrzunehmen sich veranlaßt fühlten. Ein praktisches Ergebnis der Erörterungen über die Petition wegen Heraussetzung der Telegraphengebühren für Zeitungstelegramme war, daß ein Antrag nicht vorlag, nicht zu erwarten. Die Behauptung, daß die Ermäßigung der Gebühr auf 3 Pf. für das Wort einen Ausfall von 3 Millionen Mark nach sich ziehen würde und daß diese Gebühr nicht einmal die Selbstkosten decken würde, ist nicht recht discutabel, da es doch keinem Zweifel unterliegt, daß die Verbilligung der Telegraphengebühren eine Steigerung des Depescherverkehrs der Zeitungen nach sich ziehen würde, und da die Berechnung der Selbstkosten einigermaßen dunkel ist. Bei einer Abstimmung würde Herr v. Stephan vielleicht doch Sieger geblieben sein. Anders verhält es sich mit den gestern eingehend begründeten Klagen über die bevorzugung des Wolffschen Telegraphenbüros. Der Besuch des Staatssekretärs, sich hinter den Vertrag mit dem Bureau zu verschanzen, den hr. v. Stephan von der preußischen Verwaltung gebrbt haben will und der angeblich auch heute noch in Kraft ist, obgleich das Wolffsche Bureau sich in der Zwischenzeit in eine Aktiengesellschaft verwandelt hat, hatte nicht den erwarteten Erfolg. Was der Staatssekretär gestern über die Beziehungen des Büros zu der Regierung beibrachte, stand in so schroffem Widerspruch zu den Erklärungen des Herrn Caprioli über das Verhältnis der Regierung zu der Presse, daß eine Klärung in dieser Beziehung dringend wünschenswert erscheint. Daß unter diesen Umständen der Antrag auf Vorlegung dieses Vertrages zur Annahme auch die Zustimmung der nationalliberalen Partei gefunden hat, wird Herrn v. Stephan zum Bewußtsein gebracht haben, daß er zum mindesten unglücklich operirt hat.

Gouverneur und „Untergouverneur“ in Afrika.
Aus Berliner colonialpolitischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Frage der Besetzung der Gouverneurstelle in Deutsch-Ostafrika ist nun endgültig gelöst. Freiherr von Goden hat sich, wie wir mitteilen können, bereit erklärt, das Amt zu übernehmen, und wird bereits Anfangs März nach dort abreisen, um, wenn das Reichscommissariat zu Ende geht, schon dort zu sein und sofort in die Oberleitung der Geschäfte eintreten zu können. In

seiner Begleitung wird sich, wie wir zu melden erächtigt sind, Dr. Carl Peters befinden, der heute nach Hamburg gefahren ist, um sich von dort auf wenige Tage nach Schottland zu begeben. Dr. Peters wird gewissermaßen den Rang eines Untergouverneurs einnehmen, wenn auch die Kompetenzen seiner Stellung noch nicht geregelt sind. Die bisherige Schuhtruppe sowohl wie die kleine Flotte derselben werden dem Gouverneur unterstellt werden. Mit dieser Besetzung der wichtigsten Posten der künftigen Verwaltung Deutsch-Ostafrika ist natürlich die Frage, ob Major von Wilmann noch nach dem 1. April dort bleiben wird, auch erledigt.

Der Stand der Zuckersteuervorlage.

Nachdem die freisinnigen Mitglieder der Zuckersteuervorlage sich dem neuen Antrag des Centrums gegenüber schlüssig gemacht hatten, an der Forderung der Richterhöhung der Consumenten und der endgültigen Beseitigung der Ausfuhrprämien festzuhalten, also nur eine offene Prämie auf Zeit zu zulassen, hatte die zweite Lesung der Vorlage in der Commission jede Bedeutung verloren. Die eigentliche Entscheidung ist nun mehr in das Plenum verlegt. Die vorgebrachte Erklärung des Staatssekretärs v. Maltzahn, daß die Dauer des Zwischenstadiums discutabel sei, mit anderen Worten, daß die Regierung die offenen Prämien auch auf länger als drei Jahre, aber nicht auf unbestimmte Zeit accepieren werde, wird weiterhin vielleicht aktuelle Bedeutung erlangen. Im übrigen bleibt immer noch die Frage, ob nicht die sofortige Beseitigung der Materialsteuer ein Erfolg ist, dem gegenüber die übrigen Bestimmungen des Gesetzes in den Hintergrund treten.

Lesczynski und Waldersee.

Den Combinationen über die Gründe, welche den Rücktritt des commandirenden Generals des 9. Armeecorps veranlaßt haben oder haben könnten, ist durch die schon telegraphisch mitgetheilte Meldung der „Nedd. Allg. Ztg.“ ein Ende gemacht, deren Tragweite niemand verkennen wird. Graf Waldersee verläßt den einflussreichen Posten, den er als Chef des Generalstabes seit dem Rücktritt Moltkes inne gehabt hat, und tritt in die Reihe der commandirenden Generäle. Daz hier etwas anderes und etwas mehr vorliegt, als ein Personenwechsel, ist zweifellos. An Gerüchten, daß die Stellung des Grafen Waldersee erschüttert sei, hat es in der Zwischenzeit nicht gefehlt, aber gerade in den letzten Monaten — und die „Amtsmüdigkeit“ des Generals v. Lesczynski soll ja schon aus dem Dezember v. J. datieren — waren diese Gerüchte versummt. Ob wirklich die Erfahrungen der letzten Manöver den Anstoß zu Erörterungen der gegeben haben, deren Ergebnis in dem Rücktritt des Grafen v. Waldersee vorliegt, wird man jetzt vielleicht erfahren; voraussichtlich wird die Wahl des Nachfolgers des Grafen Waldersee einen Anhalt zur Beantwortung dieser Frage geben.

Ministerresidentur in Luxemburg.

Dem Vernehmen nach wird dem Reichstage eine Ergänzung zum Reichshaushaltsetat für 1891/92 zugegeben, welche die Summe von 28 500 Mk. für die Ministerresidentur in Luxemburg ausweisen dürfte. Bekanntlich ist durch das Ableben König Wilhelms von Holland die zwischen Holland und Luxemburg bestandene Personalunion gelöst und das Großherzogthum in die Reihen der völkerrechtlich selbständigen Staaten gestellt. Daraus hat sich für Deutschland die Nothwendigkeit ergeben, am Hofe des Großherzogs eine selbständige Vertretung einzurichten. Der Kaiser hat auch bereits den bisherigen ersten Secretär bei der Botschaft in Madrid, Legationsrat Graf v. Wallwitz, zum Ministerresidenten in außerordentlicher Mission am Hofe des Großherzogs von Luxemburg ernannt. Die im Ergänzungsetat ausgeworfene Summe stellt das Gehalt für den Ministerresidenten und einen Legationskanzlisten dar.

Auszählige Fragen im englischen Parlament.

In der gefragten Sitzung des englischen Unterhauses erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Fergusson auf eine Anfrage, einige Bestimmungen des projectirten Freibriefes für die Mosambique-Gesellschaft seien britischen Interessen entschieden ungünstig. Die Regierung habe bereits das portugiesische Cabinet darauf aufmerksam gemacht. Die Regierung habe keine Nachricht, daß

über den langen Stillstand der Handlung, den es verurteilt, hinwegkommen soll; von Herrn Richard als Toreador die Auftrittsscene, in der die stimmliche Bravour allerdings die Höhe der schauspielerischen nicht erreichte. Die Besetzung war ferner: Juniga Herr Düsing, Morales Herr Miller, die beide natürlich diesen Aufgaben völlig gerecht wurden; Schmuggler Herren Pezoldt und Wenckebach, von denen für den zweiten Akt dasselbe zu sagen ist, so daß das ausgezeichnete, sprühend französische Quintett dasselbe zu treffsicher Wiedergabe gelangte, woran Frau v. Sanden als Frasquita, Frau Neuhaus und Frau v. Weber gleichen Anteil hatten.

Die Ausstattung, gegen früher noch verbessert, war luxuriös und das Arrangement der Volks- und der Ballettszenen durchweg anziehend und sinnreich belebt; die Direction hatte wieder einmal nicht Opfer gescheut, um dem Publikum eine auch für das Auge interessante Vorstellung darzubieten. Die Benefiziantin wurde durch unzählige Blumenspenden etc. gefeiert.

In der letzten Spalte des Referates von heute Vormittag bitte ich Seite 7 statt „ohne Beispiel ist“ zu lesen „nicht existirt.“

Dr. C. Fuchs.

der Freibrief bereits unterzeichnet worden sei. Gesellschaften und Personen, welche Contrakte mit der Mozambique-Gesellschaft besitzen, hätten Klage über die Invasion der südafrikanischen Gesellschaft in Manica geführt.

Ferner erläuterte Ferguson, der Oberrichter für Samoa sei bereits dort eingetroffen, auch der britische Landcommissar sei ernannt und dahn abgegangen. Er hoffe, daß der Obercommissar von Western-Pacific bald im Stande sein werde, die nötigen Reglements, soweit die britischen Unterthanen in Frage kommen, zu erlassen, um die Schlusshäkte der Samoaconferenz in Kraft zu setzen. Über die Ernennung des Präsidenten des Municipalrats von Apia hätten sich die Vertragsmächte geeinigt.

Die Sonntagsruhe im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Gestern wurde im ungarischen Abgeordnetenhaus über den Gesetzentwurf betreffend die Sonntagsruhe verhandelt. Dabei betonten mehrere Redner die Notwendigkeit eines Zusammenswirkens der bürgerlichen Gesellschaft mit den Regierungen behufs friedlicher Lösung des sozialen Problems. Der Handelsminister Boros führte aus, die Arbeiterverhältnisse Ungarns geblieben seien eine Regelung derartiger Fragen, wenn man Reibungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern vorbeugen wolle; die Regierung werde, sobald es die Verhältnisse erlaubten, außer dem Gesetz über die Unfallversicherung der Arbeiter auch eine Vorlage über Einsetzung von Fabrikinspectoren einbringen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter seien in diesem Gesetzentwurf nicht mit begriffen, weil dadurch weitere Gebiete berührt worden wären. Schließlich wurde die Vorlage einstimmig als Grundlage für die Specialdebatte angenommen.

In der italienischen Deputiertenkammer kam es gestern zu einem harten Zusammensetzen der Regierung und einem Theile der Abgeordneten, bei welchem die erfahrene jedoch siegte. Bei der Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Reorganisation der Präfектuren beantragte der Deputierte Tortis die Vertragung. Die Deputierten Nicotera und Bonghi bekämpften die Vertragung und verlangten, daß die Regierung die Vorlage zurückziehe. Ministerpräsident Crispi erklärte, er bestrebe auf der sofortigen Berathung. Falls diese abgelehnt werde, werde er seine Pflicht erfüllen, d. h. zurücktreten. Die Vertragung wurde hierauf in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Reichstag.

54. Sitzung vom 29. Januar.
Die zweite Berathung des Staats der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Münch (freit.): Der Staatssekretär v. Stephan hat gestern meiner Partei gegenüber einen Ton angefangen, der durch die sachlichen Ausführungen meiner Freunde nicht gerechtfertigt war. Wir glaubten, daß dieser Ton begradigt sei. Herr v. Stephan hat ganz in der Manier des Fürsten Bismarck die freisinnigen Zeitungen zur Basis seiner Angriffe gewählt. Er sagte, in den freisinnigen Zeitungen werde die Postverwaltung fortwährend angegriffen, aber seine Sstellung dadurch nur bestätigt. Ich meine, die Zeitungen thun nur ihre Pflicht, wenn sie Wahrheiten aufdecken, ohne erst zu prüfen, ob dadurch das Seelen eines Staatssekretärs etwas mehr oder weniger nachteilig wird. Lebriengen braucht man es nicht zu bestreiten, wenn es nicht schon ohnehin wackelt. Der Staatssekretär hat, um den Werth der Petition herabzudrücken, gesagt, sie sei in der Haupthecke von den Freisinnigen ausgegangen. Eine solche Argumentation ist nicht schön und, wenn falsch, mindestens überflüssig. Von den 234 Zeitschriften sind nur 30 freisinnige (hört, hört! links), die übrigen 200 sind conservative und national-liberale. Die „Freie Presse“ ist nicht unter den Petenten. Der Staatssekretär meinte, daß die Ermäßigung nur den oberen Zehntausend zu Gute komme, nur der Abg. Singer teilte diese Ansicht, mit Unrecht; denn auch die Arbeiter haben ein Interesse daran, wichtige Nachrichten so schnell wie möglich in ihren Blättern zu finden. Der Staatssekretär meinte, die Deutschfreisinnigen wären doch immer auf dem Posten, um Zuwendungen an einzelne Personen zu verhindern, und wies auf den Fall Lucius hin. Hier handelt es sich aber garnicht um einzelne Personen, sondern um das Interesse ganzer Bevölkerungsklassen. Ich habe nun noch einige Wünsche, deren Erfüllung der Staatssekretär hoffentlich nicht halten Herzens juridisch weisen wird, wenn ich auch ein Freisinniger bin. Es sind mir Beschwerden darüber zugegangen, daß es nicht zulässig ist, auf Kreuzbündlungen von 200 bis 250 Gramm Nachnahme zu nehmen. Bei 200 Gramm kann man die Sendung allerdings als Brief verschicken, bei 250 Gramm muß man aber ein Paket machen, und dadurch erhöhen sich die Kosten bedeutend. Die zweite Beschwerde betrifft die neuerrichteten Posthilfsstellen auf dem Lande. Die Poststufen werden nicht mehr von Haus zu Haus durch die Briefboten getragen, sondern in den Posthilfsstellen niedergelegt und dort vertheilt, entweder durch den Inhaber der Stelle, oder durch seine Frau oder auch durch Kinder. Das darunter die Zuverlässigkeit der Beförderung leiden muß, unterliegt keinem Zweifel. Auch das Briefgeheimnis ist durch diese Einrichtung nichts weniger als gewahrt. Herr v. Stephan meinte, wir sollten für alle Wohlthaten, die uns die Post schon erwiesen, dankbar sein. Aber Wohlthat ist nur eine Leistung ohne Gegenleistung. Herr v. Lucius kann es wohl als eine Wohlthat ansehen, wenn er mit Hilfe der anderen Minister einen Tempelplatz erhält. Wir aber können für unser gutes Geld auch gute und prompte Beförderung unserer Briefe verlangen. (Sehr gut! links.) Unsere Post hat bis jetzt ihren Wertiruf nur durch die pünktliche, schnelle und sichere Beförderung der Poststufen aufrecht erhalten. Dieser Ruf steht heute schon nicht fest; wenn aber in der sicherer Bestellung, in der Wahrung des Briefgeheimnisses ein weiterer Rückblick erfolgt, so könnte ein Rückschlag eintreten, den ich im Interesse der Reichs-Postverwaltung nicht wünsche. (Beifall links.)

Director Fischer: Die Kreuzbandlungen auf Nachnahme sind deshalb abgestellt, weil davon nur ein ganz geringer Gebrauch gemacht wurde, und weil dem Bedürfnis durch Ermäßigung der Nachnahmgebühren abgeholfen ist. In den Briefbeförderung auf dem Lande ist seit zehn Jahren ein großer Fortschritt gemacht worden. Wir haben 10000 Posthilfsstellen eingerichtet. Dadurch wird eine wesentliche Beschleunigung der Bestellung und eine Vermeidung der Gelegenheit zur Aufgabe von Sendungen erreicht. Auch die Zahl der Landbriefträger ist in den letzten 10 Jahren von 12000 auf 24000 vermehrt. Die Poststufen sind zuverlässige Leute. Einige Ausnahmefälle müssen auch einzeln der Postverwaltung angezeigt werden. Die würde sicherlich nicht Gnade üben.

Abg. Graf Behr (Neusp.): Ich bitte die Posthilfsstellen und ist gegen die Heraufsetzung sowohl der Fernsprechgebühren, als auch der Telegraphengebühren für Zeitungen. Er wünscht eine Änderung in Betreff des Botenlohnes für Telegramme, wo ein Ausgleich zwischen Stadt und Land notwendig sei. Am besten wäre die Bezahlung des Botenlohnes durch den Absender obligatorisch zu machen.

Staatssekretär v. Stephan: Die Postverwaltung hat sich bemüht, in letzterer Beziehung durch Heraufsetzung des Botenlohnes Besserung zu schaffen; auch die Vermeidung der Telegraphenanlagen auf dem Lande verhindert die hier obwaltenden Missstände immer mehr. Abg. Hartmann (cons.) erkennt das Engegenkommen

der Po.-verwaltung in Bezug auf die Sonntagsruhe der Beamten an und wünscht weitere Fortschritte auf diesem Gebiet. Die Petition der Zeitungen ist unberücksichtigt, wenn ich auch anerkenne, daß Zeitungen aller Richtungen dabei vertreten sind. Eine derartige Vergünstigung würde zu Consequenzen ohne Ende führen. Den frischen und lebhaften Ton, den der Staatssekretär anschlägt, sollte man ihm nicht zum Vorwurf machen, sondern man sollte ihm Dank dafür wissen, daß man bei seinen Reden nicht das Knistern von Aktenblättern hört. Die Angriffe, welche seit den letzten Jahren von einem Theil der Presse systematisch gegen den Staatssekretär v. Stephan erhoben sind, daß er ein alternder Mann, unter dem die Postverwaltung zum Stillstand komme, sind ganz unberechtigt. Ich glaube im Namen der großen Mehrheit des Volkes zu sprechen, wenn ich wünsche, daß der verehrte Herr noch recht lange mit Kraft, Ausdauer und Frische fortwirken möge zum Segen für die ganze Erde (Lachen links), insbesondere für uns. (Beifall rechts.)

Abg. Böllrath (frei.): Als Redakteur einer der freisinnigen Zeitungen lege ich zunächst Verwohnung dagegen ein, daß der hr. Staatssekretär der Presse Rathsäule erhebt, wie sie ihre Würde am besten wahrzunehmen hat. Bisher hat die Presse solcher patriarchalischer Rathsäule noch nicht bedurft und wird deren auch in Zukunft nicht bedürfen. (Sehr gut! links.) Der Staatssekretär sagte gestern, vor über diese Dinge sprechen wolle, müsse etwas davon verstehen. Nachdem so viele andere Herren, die nichts davon verstehen, wie der Abg. Hartmann, gesprochen, will ich als Redakteur die Verhältnisse besprechen. Graf Behr bewies seine Unkenntnis der Verhältnisse durch die Behauptung, daß die Zeitungen doch nicht mehr Telegramme bringen könnten. Die „A. Fr. Presse“ in Wien bringt viel mehr Telegramme, als irgend eine deutsche Zeitung. Die Petition wurde gestern zurückschrieben, weil sie anscheinend von freisinnigen Blättern ausging. Die Petition ist unterzeichnet von der „Post“, den „Dresd. Nachrichten“, der „Aöln. Volkszeitung“, der „Schles. Zeitung“. Die Petition wird so dargestellt, als ob die Zeitungsverleger ihre Taschen füllen wollten. Das ist ein Gründerrath. Was die Zeitung Besseres bietet an Lesestoff, kommt den Lesern zu gute, und die 234 Zeitungen repräsentieren Hunderttausende oder gar Millionen von Lesern. Dann ist gefragt worden, die Staatskasse würde einen Verlust erleiden. Es ist der Fehler, den die Postverwaltung seit einer Reihe von Jahren immer gemacht hat, daß sie immer nur die Bissens sieht, die vorliegen, aber nicht die Imponibilien, die aus allen Reformen hervorwachsen, sehen will. Wie hat es Herrn v. Stephan am Anfang seiner großen Reformen gemacht? Da sind die Bissens von selber gekommen. Am meisten gewundert habe ich mich darüber, daß der Staatssekretär an dem Werthe der Deutschen Censur gelüft hat. Das ist ein Vorzug, um den ich ihn nicht beneide. So weit hat es selbst der Eisenbahnenminister, den er vor Jahresfrist scharf angegriffen hat, noch nicht gebracht, den Beschleiß auf Verbilligung der Reichsbahnen auf Eisenbahnen dadurch entgegenzuireten, daß er sagt: es wird überhaupt viel zu viel unnütz gereist. (Heiterkeit.) Die berühmte Bindigkeit der Post hat den Herrn Staatssekretär gestern sehr im Stich gelassen, sonst hätte er ganz andere Beispiele anführen können von Deutschen, die befürwortet werden von dem von der Regierung sehr bevorzugten Wolffschen Bureau. Da wird uns genau telegraphiert, wo sich augenblicklich Graf Herbert Bismarck aufhält, oder wann irgend ein kleiner Souverän aus Europa in Paris angekommen ist. Es wäre zu wünschen, daß einmal Beamte der Postverwaltung in das statthafte Bureau abdelegiert werden, denn die Bissens, die der Staatssekretär uns hier vorgeführt hat, genügen auch nicht den allerbescheidensten Ansprüchen. Ich könnte ihm zwei oder drei Zeitungen nennen, die für sich allein mehr als 100000 Mk. jährlich für Depechegeschäfte ausgeben. Es ist gesagt worden, daß ein Vertrag mit dem Wolffschen Telegraphenbüro existiere. Ich höre von sehr unterschiedlicher Seite, daß ein solcher Vertrag nicht existiert. Es wäre sehr gut, wenn in solchem zweifelhaften Falle eine authentische Auskunft, am besten in der Weise gegeben würde, daß der Vertrag zur Kenntnis des Reichstages gebracht würde. (Sehr richtig! links.) Redner bringt dann einige lokale Wünsche in Betreff der Postverwaltung in Breslau vor und schließt: Der Generalpostmeister scheint jetzt mehr als früher von fiskalischen Interessen angekränkelt zu sein. Die fiskalischen Interessen müssen verschwinden gegenüber den höheren; die Post soll ein Verkehrsinstuit sein und nicht ein Institut, um die Ueberschüsse des Staates zu vermehren. (Beifall links.)

Abg. Richter: Die gewünschte Ermäßigung der Gebühren für Zeitungsdepechen ist nicht zu vergleichen mit dem Stempelerlaß für den Frh. v. Lucius. Das Wolffsche Privilegium kommt nur gewissen Kreisen der Börse, welche die Herren Conservativen sonst immer angreifen, zu gute. Der Staatssekretär hat das Privilegium vertheidigt, indem er sagte: die Regierungen haben ein Interesse an einem solchen Bureau. Aber das Bureau ist keine Staatseinrichtung, sondern eine Aktiengesellschaft, welche Dividenden erzielen will. Die Aktionen befinden sich in Händen von großen Börsenfirmen. Die Privilegierung dieser Aktiengesellschaft hindert das Aufkommen von Concurrerunternehmungen. Die Folge davon sind ganz exorbitante Preise, welche das Bureau von seinen Abonnenten erhebt. Die Börsestelegramme dieses Bureaus werden begünstigten Firmen zuerst zugänglich gemacht. Das Wolffsche Bureau hat Auszüge aus offiziellen Zeitungen, aus der „Post“ und der „Norddeutschen“ telegraphiert, ehe diese Zeitungen noch erschienen, und zwar so zugespielt, daß gleich eine Polemik darin enthalten war. Diese Dinge wurden dann nach Redaktionsstilus auch in liberale Blätter geschmuggelt. Es ist ein altes Wort: Gelogen wie gedruckt. Wenn es jetzt heißt: Gelogen wie telegraphiert, so ist das dem Wolffschen Bureau zu danken. Ich erkenne an, daß der gegenwärtige Reichskanzler den Unzug dieses offiziellen Bureaus ganz außerordentlich eingehäuft hat. Heute wird durch dasselbe kaum 1 Proc. Telegrame verbreitet, an denen die Regierung ein Interesse hat. Die Regierung hat aber überhaupt kein Interesse an einem solchen Bureau. Wenn es aber im Interesse der Regierung aufrecht erhalten werden soll, so muß es auch als ein Regierungsorgan vor der Öffentlichkeit dastehen und nicht als ein mit allerlei Privatinteressen verquindes Bureau. Wie weit die Regierung ein Interesse an einem solchen Bureau hat, werde ich vielleicht an einer anderen Stelle noch erörtern. Frh. v. Stephan meinte, daß auch für sein Reichst ist wünschenswert sei, ein solches Bureau zu haben. Ich weiß nicht, ob Nachrichten gerade in der Postverwaltung so eilig sind, daß ein anderer Weg nicht gewählt werden kann. Allerdings verbreitete das Wolffsche Bureau einmal die wichtigste Nachricht, daß Frh. v. Stephan einen Auerhahn geschossen habe. (Heiterkeit.) Dieser Auerhahn sorgte allen anderen Nachrichten, die das Publikum aufzugeben hatte, voraus in die Welt (Schrift rechts: Er ist ja tot!); er wird aber möglichst lebendig zu machen gesucht. (Heiterkeit.) Ich beantrage, um die Sache klarzustellen: „den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage zur Kenntnisnahme den Vertrag mit dem Wolffschen Bureau ein Vorrecht eingeräumt wird für die Beförderung von Telegrammen.“ Nehmen Sie meinen Antrag an, und wird denselben nicht genügt, so muß ich sagen: entweder besteht ein solches Vertragsverhältnis nicht, oder es ist so, daß es das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär v. Stephan: Diese Angelegenheit gehört gar nicht zu dem Staate der Postverwaltung. Warum bringen Sie einen solchen Antrag nicht beim Staate des Reichskanzlers oder des Reichsamts des Innern ein? Ich bin gar nicht in der Lage, über die Angelegenheit Auskunft zu geben, ob und welche politische Notwendigkeit für solche Beschlüsse obwaltet. Über das Vorzugsrecht der Wolffschen Telegramme ist Frh. Richter im Irrthum. Alle Börsestelegramme genügen es nicht,

es erfreut sich nur auf die A.-Telegramme. Die Börse hat damit nichts zu thun. Mit keiner Silbe habe ich endlich gestern gefaßt, daß ich ein Interesse daran habe, das Wolffsche Bureau zu benutzen, sondern ich habe nur gesagt: wenn ich einmal eine wichtige Nachricht habe, z. B. über Ankunft der Postkämpfer, so gebe ich diese Nachricht, da das Wolffsche Bureau einmal bestellt, an dieses ab.

Abg. Hartmann (nat.-lib.): Ob die Behauptungen des Abg. Richter der Wirklichkeit entsprechen, darüber steht mir ein Urteil nicht zu. Was der Abg. Richter aber sagt, und was von dem Staatssekretär v. Stephan bis zu einem gewissen Grade zugestanden worden ist, rechtfertigt das Verlangen Richters, daß dem Reichstag gegen die Sachverständige Kenntnis gegeben wird. Es ist dabei von untergeordneter Bedeutung, ob die Anregung bei dem Postamt oder einem anderen Etat gegeben wird. (Sehr richtig!) Wenn der Reichstag in den verlangten Mittheilungen eine Bestätigung der Angaben Richters finden sollte, so würde es für jedes Mitglied eine selbstverständliche Pflicht sein, dahin zu wirken, daß mit solchen Verhältnissen bald als möglich aufgeräumt wird. (Sehr wahr!) Indesfern muß ich die Postverwaltung in Schuß nehmen. Ich rechne es dem Frh. v. Stephan zum Kuhme an, daß er für die Beamtenaufbesserung in seinem Konsortium Sorge getragen hat, wie es bei keiner Bevölkerungsverwaltung geschehen ist. Und auch dieser Etat zeigt, daß Frh. v. Stephan auch jetzt noch bemüht ist, unsern internationalen postalischen Verkehr durch eigene Gedanken und Vorschläge weiter zu fördern. So ist auch die Verstaatlichung des Fernsprechwesens ein großer Fortschritt. Die Ablehnung der Petition der Zeitungen in der Commission bedeutet keinen Mangel an Empfindung für die deutsche Presse. Es ist wahr, daß die Presse nach Ermäßigung der Gebühren dadurch in die Lage gebracht wird, mehr dem Publikum zu bringen. Aber tatsächlich würde, wie es bei der Aushebung des Zeitungsstamps der Fall war, der Vortheil bei den meisten Zeitungen in ihre eigene Hände fliehen. Wir können auch den Ausfall, der durch eine Ermäßigung entstehen wird, bei der jetzigen Finanzlage nicht verantworten.

Abg. Singer (soc.): Wir werden für den Antrag Richter stimmen. Auf unsere gestrige Anfrage hat uns aber die Postverwaltung nicht geantwortet.

Director Fischer: Die Frage des Vorredners beruht auf dem Mißverständnis, daß widerrücklich angestellte Beamte keine Pensionsansprüche haben. Das Recht auf Pension ist unabhängig von der lebenslänglichen Anstellung. Diese Beamten haben einen civilem Anspruch auf Pension.

Abg. Zimmermann (Antisemit): Meine Freunde werden den Antrag Richter unterstützen und freuen sich, einmal Arm in Arm mit Frh. Richter gegen die Börse vorgehen zu können. (Heiterkeit.) Redner empfiehlt die Bejurkung des Sonntagsdienstes, namentlich des Nachmittags, weil zu dieser Zeit die Post nur von den Juden benutzt wird, welche am Sonnabend keine Postsendung in Empfang nehmen. (Schniefen! Nicht abschneiden!) Der Offiziersverein, der Beamtenverein u. s. w. beschleichen und werden von den Ministern sogar lobend erwähnt; aber der Postassistentenverein wird schlecht behandelt; die leitenden Personen sind verachtet worden. In den Bestrebungen des Vereins der Postassistenten ist nichts Staatsgefährliches enthalten. Auch wegen der politischen Verhältnisse sind verschiedene Postbeamte versetzt worden. Die Schlachten von Sedan und Gravelotte wären vergeblich gewesen, wenn es dahin kommt, daß irgend eine Verwaltung sich nach jüdischen Winken richten müßte.

Abg. Funk (frei.): Die Ermäßigung der Fernsprechgebühren würde eine Vermehrung der Fernsprechanschlüsse zur Folge haben. Sämtliche Handelskammern verlangen die Ermäßigung dieser Gebühren, und da kann man dieser Forderung nicht entgegenhalten, daß es sich nur um die Wünsche der oberen Zehntausend handelt.

Abg. Helms (soc.): Die Ermäßigung der Fernsprechgebühren würde eine Vermehrung der Fernsprechanschlüsse zur Folge haben. Sämtliche Handelskammern verlangen die Ermäßigung dieser Gebühren, und da kann man dieser Forderung nicht entgegenhalten.

Abg. Dechelhäuser (nat.-lib.): Die Vorlage wegen der Postsparkassen, welche dem Reichstag bereitgestellt wurde, ist der Postsparkassenverein, der die Postsparkassen nicht verhindern kann. Auch wegen der politischen Verhältnisse sind verschiedene Postbeamte versetzt worden. Die Schlachten von Sedan und Gravelotte wären vergeblich gewesen, wenn es dahin kommt, daß irgend eine Verwaltung sich nach jüdischen Winken richten müßte.

Abg. Helm (soc.): Die Ermäßigung der Fernsprechgebühren würde eine Vermehrung der Fernsprechanschlüsse zur Folge haben. Sämtliche Handelskammern verlangen die Ermäßigung dieser Gebühren, und da kann man dieser Forderung nicht entgegenhalten.

Abg. Dechelhäuser (nat.-lib.): Die Regierung, die Vorlage wegen der Postsparkassen, welche dem Reichstag bereitgestellt wurde, ist der Postsparkassenverein, der die Postsparkassen nicht verhindern kann.

Staatssekretär v. Stephan: Die verbündeten Regierungen haben noch keine Gelegenheit gehabt, sich wieder mit der Frage der Postsparkassen zu beschäftigen. Ich kann aber erklären, daß der Reichskanzler diese und ähnliche Fragen des allgemeinen Wohls in wohlwollende Erwagung zu nehmen bereit ist.

Abg. Richter bittet die Regierung, der Anregung des Frh. Dechelhäuser wegen der Postsparkassen keine Folge zu geben. Außerhalb der nationalsozialistischen Partei ist durchaus keine Reizung für das Gesetz vorhanden; man will den kommunalen Sparkassen keine Konkurrenz machen, namentlich aber wünscht jetzt niemand die Last neuer socialpolitischer Gezeuge zu übernehmen. — Die Mittheilung des Vertrages mit dem Wolffschen Bureau gehört hierher; der Antrag richtet sich an die Adresse des Reichskanzlers, der darüber befinden wird. Aus der ganzen Behandlung dieser Frage entnehme ich, daß dahinter noch weit mehr steckt, als ich bisher annahm.

Abg. Dechelhäuser (nat.-lib.): bittet die Regierung, die Sitzung des Hauses nicht nach dem Urtheil des Frh. Richter zu beurtheilen; das Urtheil des Vertreters einer Partei, welche alle socialpolitischen Gezeuge abgelehnt habe, sei durchaus nicht maßgebend.

Abg. Achermann (conf.) erklärt sich gegen die Postsparkassen.

Abg. Richter: Das Frh. Dechelhäuser hat es so dargestellt, als ob wir von vornherein gegen alle socialpolitischen Gezeuge seien. Das ist nicht der Fall. Wir würdigen jedes Gesetz nach seinen besonderen Gründen, und zur Verurtheilung des Unfallversicherungsgesetzes sind wir wesentlich aus denselben Gründen gekommen, welche Frh. Dechelhäuser früher in so bereiter Weise vorgebracht hat. (Sehr richtig!) Doch er sich nachher so vollständig gedreht und das Gegenteil von dem gesagt hat, was er früher ausgespielt hat, ist nicht unsere Schuld, wie sich stehen geblieben.

Abg. v. Volkmar (soc.): Frh. Singer hat bei seiner Stellungnahme zur Ermäßigung der Telegraphengebühren für Zeitungen nur seine persönliche Ansicht ausgesprochen. In der Fraction ist darüber nicht verhandelt worden. Nicht die Verleger werden einen Nutzen haben, sondern das Publikum, nicht die großen Zeitungen, sondern gerade die kleineren Zeitungen, die jetzt keine Telegrame benutzen können. Die Herabsetzung der Telegraphengebühren würde eine große Entwicklung des Verkehrs zur Folge haben und auch die Benutzung durch die ärmeren Bevölkerung ermöglichen.

Abg. v. Volkmar (soc.): Frh. Singer hat bei seiner Stellungnahme zur Ermäßigung der Telegraphengebühren für Zeitungen nur seine persönliche Ansicht ausgesprochen. In der Fraction ist darüber nicht verhandelt worden. Nicht die Verleger werden einen Nutzen haben, sondern das Publikum, nicht die großen Zeitungen, sondern gerade die kleineren Zeitungen, die jetzt keine Telegrame benutzen können. Die Herabsetzung der Telegraphengebühren würde eine große Entwicklung des Verkehrs zur Folge haben und auch die Benutzung durch die ärmeren Bevölkerung ermöglichen.

Abg. Hartmann (centr.): erklärt im Namen des Centrums, daß dessen Standpunkt gegenüber einer Postsparkassenvorlage nach wie vor ein ablehnender sei.

Abg. Hartmann (conf.): erklärt sich ebenfalls gegen die Postsparkassen und beantragt, den Antrag Richter an eine Commission zu verweisen.

Abg. Richter steht nicht ein, was hier die Commissionsberatung nützen soll. Der Beschluss würde nur zur Verhinderung der Angelegenheit führen.

Der Antrag Hartmann auf Ver

läufigen Beschluss, obgleich die gestrige Verhandlung auf Grund von Berathungen erfolgte, welche in einer Subcommission stattgefunden haben. Eine Verständigung ist unter diesen Umständen noch nicht ausgeschlossen.

* [Hofstrauer.] Der Hof hat für den Prinzen Baldwin von Belgien auf 8 Tage Hofstrauer angelegt.

* [Altersrente.] Bereits Mitte dieses Monats haben sich in Berlin 100 Personen im Genuss der Altersrente befinden, und in wenigen Wochen wird deren Zahl auf 300 steigen. Die Arbeiten, welche die Einführung des Gesetzes gerade in Berlin gemacht hat, sind sehr groß gewesen; rund 650 000 Altersversicherungskarten sind von der Centralstelle abgegeben worden.

* [Rentenbanken.] Die „Pol. Nachr.“ schreiben: „In dem Gesetz über die Errichtung von Rentengütern ist die Ablösbarkeit wenigstens des größeren Theiles der Rente vorgesehen. Sowohl bei den Beratungen des Gesetzes im Landtage ist hervorgehoben worden, daß die Durchführung der Ablösung durch Vermittelung der Rentenbanken nach dem Vorgange bei Ablösung der Naturaldienstleistungen zu bewirken sein dürfe. Dazu würde es vor allem der Wiedereröffnung der nach Abschluß jener Ablösungen geschlossenen Rentenbanken bedürfen. Diese Maßregel ist von der Staatsregierung bereits in Aussicht genommen und es wird ihr in kurzer Zeit näher getreten werden.“

* [Über eine grobhartige Fälschung von Briefmarken] hat das „Berl. Tagebl.“ aus Frankfurt a. M. folgende telegraphische Mitteilung erhalten: „Von Seiten der hiesigen Post sind Falsifikate von Zehn-pfennig-Marken angefallen worden, welche so vorzüglich hergestellt sind, daß ein Unterschied selbst bei der genauesten Vergleichung mit echten Marken kaum herauszuhindern ist. Ein Kennzeichen für die Unechtheit bietet fast allein die Zahlung der Ränder, die bei den Falsifikaten eine Idee enger ist als bei den echten. Die Post nimmt fortwährend genaueste Untersuchung der aufzufälligen Briefe vor; mit unechten Marken frankierte Briefe werden nicht befördert, sondern behufs Ermittlung des Absenders geöffnet, worauf weitere Schritte eingeleitet werden. Derartige Befindlichungen sind bereits in sehr beträchtlichem Umfang vorgenommen worden. Die Falsifikate sind bereits längere im Umlauf und scheinen in weiten Kreisen verbreitet zu sein. Die Recherchen der Postbehörden, die schon lange eingeleitet sind, führen endlich nach Frankfurt a. M. höchst und Montabaur. In höchst sind bereits zwei Verhaftungen vorgenommen worden, die festgenommen sind zwei Lithographen, die Brüder Bauer. Einer Personiermaschine, welche bei den Verhafteten beschlagnahmt wurde und mit welcher offenbar die Falsifikate gefertigt wurden, soll ein Jahr fehlen, ein wichtiges Erkennungszeichen, da hier nach an den ganzen Markenbogen an betreffender Stelle die Durchslochung fehlen müsste.“

Breslau, 29. Januar. Eine Meldung der „Breslauer Zeitung“ zufolge ist der Oberbürgermeister Friedensburg zum Ehrenbürger von Breslau ernannt worden.

Gotha, 28. Jan. Rechtsanwalt Strenge-Gotha, Stadtverordneten-Vorsteher und Mitglied des frei-sinnigen Reichsvereins, hat mit dem Herzog Ernst in den letzten Tagen vielsach conserirt. Man bringt die Conferenzen mit der Verabschiedung des Ministers v. Bonin in Verbindung. Nach der „Königl. Itg.“ soll Strenge zum Staatsrat ernannt sein.

Sosnowice, 29. Januar. Der Ausstand der ca. 200 Bergleute in den Kohlenbergwerken bei Sosnowice ist in Folge Lohnherhöhung seitens der Verwaltung beendet.

Frankreich.

Paris, 29. Januar. Die mit dem Project der Bildung von Colonial-Gefestigkeiten besuchte Section des obersten Colonialrates nahm die beiden ersten Artikel an, indem sie die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Compagnies im ausgedehntesten Sinne ergänzte und ihnen das Recht der Erhebung von Zöllen und Steuern zuwollte. (W. T.)

Belgien.

Brüssel, 29. Jan. Der feierliche Zug mit der Leiche des Prinzen Baldwin traf heute Nachmittag kurz vor 2 Uhr in der Kirche zu Laeken ein, wo der Erzbischof von Mechelen, Cardinal Goossens, ein Todtentanz hielt. Der König, der Graf von Flandern, Prinz Albert und die fremden Fürstlichkeiten folgten dem Sarge in die Krypta. Die Feierlichkeit war um 2½ Uhr zu Ende, worauf die Fürstlichkeiten zu Wagen in das königliche Palais hier selbst zurückkehrten. (W. T.)

Bulgarien.

Sofia, 29. Januar. Dem heutigen Todtentame für den Prinzen Baldwin von Flandern wohnten der Prinz Ferdinand von Bulgarien, sämmtliche höheren Würdenträger, die Mitglieder des diplomatischen Corps und die Consuln bei. Türkei.

Constantinopel, 29. Jan. Wie die „Agence de Constantinople“ meldet, hat der Sultan weitere als Armenier begnadigt. — Die Pforte erhielt mehrere Telegramme, in denen festgestellt wird, daß die auswärts verbreiteten Nachrichten von Aufrührungen in Yemen völlig unbegründet seien. (W. T.)

Constantinopel, 29. Januar. Die „Agence de Constantinople“ meldet: Für die Provinzen der Küstengebiete zwischen Anamurian und Alexandrette einschließlich ist die bisherige zehntägige Quarantäne auf eine fünftägige herabgesetzt worden, was sich auch auf die bereits unter Quarantäne befindlichen Schiffe bezieht. Für die Provinzen der Küstengebiete von Alexandrette bis Beirut exclusive bleibt die zehntägige Quarantäne bestehen. (W. T.)

Rußland.

Petersburg, 29. Jan. Nach einer Veröffentlichung im „Russischen Invaliden“ werden die Cavallerie-Reserve-Cadres Nr. 13 und 14, deren Stäbe in Tambow liegen, um je eine (vierle) Abtheilung vermehrt. (W. T.)

Coloniales.

* [Gesetz in Ostafrika.] Aus Janjibar, 2. Januar, wird über ein telegraphisch schon kurz erwähntes Scharmützel folgendes berichtet: Im Hinterlande von Lindi hat zwischen dem Expeditionskorps der Lieutenant Ramay und v. Jhewiz und den Yaos ein Treffen stattgefunden, in dem letztere geschlagen wurden. Auf deutscher Seite sind vier getötet und sechs Mann verwundet worden. Eine Verfolgung war wegen des Urwaldes, in den die Yaos flohen, unmöglich. Ramay ist hier eingetroffen.

Am 31. Januar: Danzig, 30. Jan. M.-A. 11.46. S. A. 7.52. 4.35. Wetterausichten für Sonnabend, 31. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Bedeut, Niederschläge, unruhig, lebhaft windig;

heils sonnig, Temperatur kaum verändert. Sturmwarnung. (S. W., M., NW.)

Für Sonntag, 1. Februar: Veränderlich wolig, starke Winde, Niederschläge, milde. Im Osten frostig. Sturmwarnung. (S. W. bis NW.)

Für Montag, 2. Februar:

Niederschläge mit Sonnenblitzen, lebhaft windig; Temperatur kaum verändert. Sturmwarnung. (S. W. bis NW.)

Für Dienstag, 3. Februar:

Stark wolig, Niederschläge, etwas hässler; lebhaft Winde.

* [Wahl zum Provinzial-Landtag.] Zu Mitgliedern des westpreußischen Provinzial-Landtages für den Kreis Könitz sind auf dem gestern dort abgehaltenen Kreistage die Herren Landrath Dr. Rautz (früher Regierungs-Assessor in Danzig) und Gutsbesitzer v. Parpart (an Stelle des verstorbenen Landraths v. Rosenstiel und des freimüsig zurückgetretenen Herrn Preußler - Al. paglau) gewählt.

* [Danziger Hypotheken-Verein.] Dem in der heutigen Morgen-Ausgabe veröffentlichten Auszug aus dem Geschäftsbericht der Direction pro 1890 fügen wir über den Vermögensbestand des Vereins noch hinzu, daß im Jahre 1890 bei dem Betriebsfond 8 509,90 Mark erspart worden sind, welche demnächst in den Reservesfonds fließen, sowie, daß sich letzterer, abgesehen von diesen 8 509,90 Mark, von 360 225,45 Mark auf 409 803,40 Mark erhöht, also um 49 578,15 Mk. vermehrt hat.

* [Von der Weichsel.] Auch heute sind sämtlich verfügbare Eisbrechdampfer in Bewegung, um in der Danziger Weichsel eine möglichst breite und gesicherte Abflusstrinne für Eis und Hochwasser herzustellen. Überhalb Dirschau sind die Ausbrucharbeiten bis über Antriebshaus hinaus fortgeschritten und sie werden voraussichtlich in wenigen Tagen die Stromthellung bei Pieckel erreichen. Die Vorleistungsmethoden für den Eisgang werden jetzt überall mit Eisfar befreien. So ist man im Fort Neufahrz z. d. damit beschäftigt, den Vorraum an Sprengbüchsen zu revidieren und zu ergänzen, um für den Fall der Not genügendes Sprengmaterial in guter Beschaffenheit sofort zur Hand zu haben. Ferner finden überall Revisionen der Materialienbestände und möglichste Bereitstellung derselben statt. Im Elbinger Kreise wendet man besonders den Vorrichtungen für die Rettung von Vieh, welche sich bei der 1888er Katastrophen als durchaus ungenügend erwiesen haben, die Aufmerksamkeit zu. Ein bezügliches Rundschreiben ist an alle Gemeinde- und Gutsvorstände ergangen und der Kreisausschuß hat Geldpreise von je 90 und 40 resp. 30 und 20 Mk. für die besten Vorrichtungen zur Aufsteuerung gefährdeten Viehes auf größeren und kleineren Besitzungen ausgesetzt. Da von der oberen Weichsel bis jetzt weder ein erhebliches Wachsen des Wassers noch Eisbewegungen gemeldet sind, können die Vorleistungsmethoden mit aller Sorgfalt fortgesetzt werden.

* [Gewerbeverein.] In der gestrigen Versammlung hielt Herr Baumeister Rathke einen Vortrag über „Kunstschmiedearbeiten“, der durch zahlreiche Illustrationen erläutert wurde. Von einer Kunstschmiedetechnik können erst nach dem Jahre 1000 mit dem Erwachen der Baukunst die Rude sein, und bereits am Ende des zwölften Jahrhunderts finden wir Schmiedearbeiten, die nicht nur ein hohe technische Fertigkeit, sondern auch ein ausgezeichnetes Kunstergebnis in dem Gebrauche der Ornamente vertragen. Ihren Höhepunkt erreichte die Kunstschmiede-Technik während der Herrschaft des Renaissance, wo sich ihre Wirklichkeit auch auf die Herstellung von Geräthen zum häuslichen Gebrauch erstreckte. Während der Rococozeit arbeitete auch die Schmiedekunst aus, um endlich völlig zu verschwinden, bis in der letzten Zeit die Kunstsorforschung auch diese Technik wieder zu neuem Leben hervorgerufen hat.

-ch. [Wbildungsverein.] In der gestern abgehaltenen Generalversammlung des Begräbnisbundes des Bildungsvereins berichtete der Kassier Herr Warnath, daß der Bund am 1. Januar 1891 1369 Mitglieder zählte. Für 34 Sterbefälle sind 8553 Mk. gejährt worden. Die Gesamtsumme betrug 9868 Mk. Nachdem die Rechnung abgeschafft worden war, wurde der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Maternmeister Dros, Uhrmacher Fischer, Friseur Alöhne, Goldarbeiter Warnath, wiederergnährt. Zu Besuchern wurden die Herren Schmiedemeister Siegmund, Strumpfwarenfabrikant Puff, Kaufmann Osterfeld, zum Kassier Herr Koch wiedergewählt.

[Polizeibericht vom 30. Januar.] Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Bedrohung, 1 Schmied wegen Sachbeschädigung, 6 Obdachlose. — Gestohlen: Ein Handwagen. Ein dunkelbrauner Winterüberzieher mit braunem Sammelkragen und dunkelkarriertem Futter ist als geflohen angehalten; der unbekannte Eigentümer wolle sich im Criminal-Bureau, Ankerschmiedegasse Nr. 21, melden. Ein Portemonnaie, enthaltend 59 Mk. — Verloren: In Neufahrwasser ist ein neues Oberhund verloren worden, gegen Belohnung abzugeben. Kleine Straße Nr. 10, 2 Trepp., bei Marschall. — Gefunden: 1 Schlüssel, 1 Handschuh, 2 Schlüssel am Bande mit einem Brettchen; abzuholen von der Polizei-Direktion.

△ Neustadt, 30. Januar. Der gestrige Submissions-Termin zur Vergebung der Verpflegungsbefürschaften, sowie des Beleuchtungs- und Heizungs-Materials pro April 1891 bis 31. März 1892 für die hiesige Provinzial-Iren-Kasst war, wie in früheren Jahren, mit zahlreichen Öfferten beschickt. Die geforderten Preise sind durchschnittlich fast dieselben geblieben. Für den Hauptbedarfs-Artikel Kohlen hat eine hiesige Handlung die niedrigste Öfferte mit 88 Pf. pro Centner frei Aufbewahrungsräum abgegeben. Dieser Preis erscheint mit Rücksicht auf die heutigen Conjecturen im Kohlenhandel recht billig. Für Weizen und Roggenbrot sind die Preise höher wie im vorigen Jahre.

Gibing, 30. Jan. Unter Stadttheater muss bekanntlich umgebaut werden, wenn die jetzt geltenden landespolizeilichen Vorschriften erfüllt werden sollen. Vor Kurzem ist nun der Kreisbaudirektor Bachem seitens der Schauspielhaus-Action-Gesellschaft mit der Anfertigung einer Zeichnung und eines Kosten-Anschlages beauftragt worden. Diese Zeichnung liegt jetzt zur Begutachtung bei hiesigen Baupolizei vor. Der Antrag des projectierten Theaterausbaus beträgt 33 000 Mk. Die Schauspielhaus-Aktion-Gesellschaft besteht aber nur circa 5000 Mk., welche zum Bau verwandt werden können; es fehlen an der Baumsumme also noch 33 000 Mk. (A. A.)

Thorn, 29. Januar. Zu der schon gemeldeten Zahlungseinstellung des landwirtschaftlichen Bank-Institutes von M. Weinschenk freiebt heute die „Thorner Itg.“: Hr. W. hatte vor mehreren Jahren ohne eigene Kaufmännische Kenntnisse und Erfahrungen ein Bankgeschäft gegründet, ohne sich kaufmännisch gebildet und im Bankfach erfahrene Hilfe zu engagiren; er mag vielleicht spekuliert haben, gewiß gewährte er hohe Credite an einzelne Personen. Leider haben viele Personen diesem Manne ihre Ersparrnisse anvertraut, in Summa über 600 000 Mk. Bei seinem Tode stellte sich eine große Unterbilanz heraus. Es durfte eine Quote von 40—50 proc.

mit Hilfe der wohlhabenden Verwandten an die Gläubiger geahnt werden.

* Die gestern von uns veröffentlichte Berichtigung des Regierungspräsidenten v. Massenbach in Marienwerder ist natürlich auch der „Thorner Itg.“ zugegangen, welcher die betreffende Mittheilung entstammte. Die genannte Zeitung bemerkte nun dazu: „Dass unter den russischen Schweinen sich auch finnige bzw. trichinenhaltige befinden haben, ist richtig. Die deutschen Schweine sind hieron aber auch nicht verschont, diese Krankheiten sind nicht ansteckend, sie gelten unseres Wissens auch nicht als „Seuchen“, um so weniger, wenn die Zahl der kranken Thiere so verhältnismäßig gering ist, wie in diesem Falle; unter einer so großen Zahl eingeführter russischer Thiere 65 finnige und 4 trichinenhaltige.“ Wir sind der Meinung, daß auch bei den deutschen Schweinen das Verhältnis kein viel größeres ist. Unter Seuchen haben wir selbstverständlich nur ansteckende Krankheiten verstanden, wie dies wohl allgemein gilt; daß russische Schweine nicht ganz frei von Trichinen und Fäden sein würden, so wenig wie die deutschen Schweine frei davon sind, konnte man wohl annehmen. Wir sind der Meinung, daß unsere Angabe, es hätten sich unter den hier eingeführten russischen Schweinen keine „verseuchten“ Transporte befunden, wahr ist. Wir erfahren noch aus sicherer Quelle, daß seit dem 19. Dezember 1890 bis heute 1604 russische Schweine im hiesigen Schlachthof geschlachtet sind, davon waren 80 finnig und 4 trichinenhaltig.“

Königsberg, 29. Jan. Wie die „Ostpr. Itg.“ erfährt, steht der Zusammentritt des Generallandtages der ostpreußischen Landschaft zu Anfang April bevor. — In der gestern stattgehabten Aussichtsberatung der Genossenschaftlichen Grund-Gebietskredit für die Provinz Preußen wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 9 Prozent für das Geschäftsjahr 1890 (gegen 8 Proc. für 1889) zur Vertheilung vorzuschlagen. (Fortsetzung in der Beilage.)

Vermischte Nachrichten.

* Berlin, 29. Januar. Wie die „D. Med. Wochenschr.“ vernimmt, liegt es nicht in der Absicht der preußischen Staatsregierung, in der bis jetzt bestehenden Einrichtung der Herstellung und des Betriebes des Koch'schen Mittels eine Änderung eintreten zu lassen.

* [Vom Tode gereitet.] Amüslich des Todes des französischen Bildhauers Aimé Millet erzählt Aurelien Scholl im „Mat.“ folgende Anekdote: Millet war ein beständiger Fan des „Divan Lepelletier“, eines literarisch-künstlerischen Circles, der besonders gegen Ende der Juli-Monarchie in Blüthe stand. Er traf dort häufig mit dem ihm sehr befreundeten Romanschriftsteller Paul Duplessis zusammen, der das Feuilleton der „Patrie“ redigte. Einmal, die „Patrie“ veröffentlichte gerade einen Roman von Duplessis, kam Millet früher in den Cercle und wartete mit Schnell auf Duplessis. Als dieser endlich kam, stürzte Millet auf ihn zu. „Was gibst du?“ fragte der Romanschriftsteller. „Eine Frage!“ erwiderte Millet. „Mein Vater liest meinen Roman in der „Patrie“ mit einer Aufmerksamkeit, die mit Aenglichkeit gepaart ist. Du hast gestern die Gräfin in der altkritischen Lage gelassen; sie ist in einen Hinterhalt gefallen und ist in den Händen Deiner, die das größte Interesse daran haben, sie verschwinden zu lassen. Muß sie sterben?“ — „Ja“, antwortete Duplessis, „sie wird durch einen Dolchstoß des Corses Ajjam getötet.“ Millet schlug mit der Faust auf den Tisch: „Ich habe kein Glück!“ rief er. „Was geht denn die Sache doch an?“ fragte Duplessis. „Mein Vater“, erwiderte Millet, „hat mir gewettet, daß die Gräfin sterben würde, und ich habe gewettet, daß sie sich aus der schlimmen Lage ziehen würde, weil ich dachte, du würdest die Gräfin im weiteren Verlauf deiner Geschichte noch nötig haben.“ — „Was habt ihr gewettet?“ — „Zehn Louis'dor!“ — „Teufel, das ist viel.“ — Duplessis zog seine Uhr und sagte: „Es ist jetzt 9 Uhr. Ich habe noch Zeit, um in die Druckerei zu gehen. Ich werde einen Täcker nehmen und die Gräfin retten.“ — „Wirklich?“ fragt Millet fröhlich erregt. Duplessis schüttelte ihm die Hand und sagte feierlich: „Das ist doch das Wenigste, was ich für einen Freund thun kann.“ Sprach's und ging, reichte der Romangräfin das Leben und seiram Freunde die Weite.

Schiffsnachrichten.

A. Pillau, 28. Januar. Der von Copenhagen nach hier abgegangene dänische Dampfer „Christian IX.“ hatte bei der Østsee sehr schweres Wetter zu überstehen und es wurden ihm durch die ausgeriegte See Eiszücke mit solcher Kraft gegen den Schiffsrumpf getrieben, daß das Schiff plötzlich leicht geschrägt wurde und Wasser in den Schiffsräum eindrang. Der „Christian IX.“ mußte daher schleunigst nach Copenhagen zurückdampfen, wobei er wohl einige Zeit zur Wiederherstellung seiner Seetüchtigkeit gebrauchen wird. Ein ähnliches Schicksal soll der gleichfalls nach hier beorbte englische Dampfer „Nema“ erlitten haben. Es ist jedoch anzunehmen, daß das anhaltende Thauwetter die noch in See befindlichen Treibeismassen mürbe und somit den nach hier beorbten Schiffen die Fahrt weniger gefährlich macht. Heute trift denn auch bereits der norwegische Dampfer „Munk“ aus Bergen (ein nur mit Eisenblechplatten bekleidetes Holzschiff) mit einer Ladung norwegischer Salzheringe wohlbefahren hier ein. Es werden außerdem mehrere Dampfer mit Steinkohlen, Salz und Stückgütern, deren Abgang bereits hierher gemeldet ist, in den nächsten Tagen erwartet.

Copenhagen, 27. Jan. Die Brigg „Selma“ aus Airlsde, von St. Ives mit Salz nach Helsingborg, ist am Montag Abend westlich von Höjden gestrandet. Die Befahrung ist gerettet, das Schiff aber vermutlich verloren.

Fredrikshavn, 26. Januar. Die mit Heringen beladenen schwedischen Boote „Begg“ aus Smögen und „Aja Gaaen“ aus Ravnsøholmen, beide von Marsstrand, sind in vorleichter Nacht durch das Eis auf die Außenseite der östlichen Hafenmole geworfen und total aufgebrochen. Die Befahrungen wurden gerettet.

△ Neustadt, 30. Januar. Der gestrige Submissions-Termin zur Vergebung der Verpflegungsbefürschaften, sowie des Beleuchtungs- und Heizungs-Materials pro April 1891 bis 31. März 1892 für die hiesige Provinzial-Iren-Kasst war, wie in früheren Jahren, mit zahlreichen Öfferten beschickt. Die geforderten Preise sind durchschnittlich fast dieselben geblieben. Für den Hauptbedarfs-Artikel Kohlen hat eine hiesige Handlung die niedrigste Öfferte mit 88 Pf. pro Centner frei Aufbewahrungsräum abgegeben. Dieser Preis erscheint mit Rücksicht auf die heutigen Conjecturen im Kohlenhandel recht billig. Für Weizen und Roggenbrot sind die Preise höher wie im vorigen Jahre.

Gibing, 30. Jan. Unter Stadttheater muss bekanntlich umgebaut werden, wenn die jetzt geltenden landespolizeilichen Vorschriften erfüllt werden sollen. Vor Kurzem ist nun der Kreisbaudirektor Bachem seitens der Schauspielhaus-Aktion-Gesellschaft mit der Anfertigung einer Zeichnung und eines Kosten-Anschlages beauftragt worden. Diese Zeichnung liegt jetzt zur Begutachtung bei hiesigen Baupolizei vor. Der Antrag des projectierten Theaterausbaus beträgt 33 000 Mk. Die Schauspielhaus-Aktion-Gesellschaft besteht aber nur circa 5000 Mk., welche zum Bau verwandt werden können; es fehlen an der Baumsumme also noch 33 000 Mk. (A. A.)

Danzig, 30. Jan. Der gestrige Antrag der Stadttheater, daß die Befreiung der wohlabenden Verwandten an die Gläubiger geahnt werden, ist genehmigt worden. Die genannte Zeitung bemerkte nun dazu: „Dass unter den russischen Schweinen sich auch finnige bzw. trichinenhaltige befinden haben, ist richtig. Die deutschen Schweine sind hieron aber auch nicht verschont, diese Krankheiten sind nicht ansteckend, sie gelten unseres Wissens auch nicht als „Seuchen“, um so weniger, wenn die Zahl der kranken Thiere so verhältnismäßig gering ist, wie in diesem F

Die Stimmung unserer heutigen Börse charakterisiert sich im allgemeinen als schwach und lustlos, weil nicht die geringsten Meldungen vorlagen, welche der Speculation Anregung zu einem lebhafteren Vorgehen nach der einen oder der anderen Richtung hin hätten können. Die mit der Ultimorregulierung in Verbindung stehenden Geschäftsvorhaben würden zu Ende geführt und durch andauernden außerordentlich flüssigen Geldmarkt unterhalten. Für eine Anzahl von Papieren ergab sich Glücksüberfluss, der mit dazu diente, die Tendenzen unter Druck zu halten. Der Verkehr nahm, wie schon erwähnt, sehr geringe Dimensionen an, und die Course neigten in ihrer Mehrheit nach abwärts, ohne dass die Verluste jedoch über ein bescheidenes Maß hinausgingen. Auch die später bekannt ge-

wordene Herabsetzung des Discounts seitens der Bank von England um ein halbes Prozent, von $\frac{1}{2}$ % auf 3%, vermochte einen angrenzenden Einfluss nicht ausüben. Bankaktien zeigten ungefähr in ihrem letzten Stand einen dann aber auf vermehrtes Angebot nach, um später noch kleinen Schwankungen zu unterliegen. Inländische Eisenbahnpapiere in wenig verändertem Preisstand. Ausländische Bahnen stellten und eher schwächer. Montanpapierthe durch Realisationen unter Druck gehalten. Andere Industriepapiere lustlos und eher schwächer. Fremde Fonds stellten und wenig verändert. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe etc. gut behauptet, still. Privatdiscount 2 $\frac{1}{2}$ %.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,50	Dolln. Liquibat. Pfdr.	4	69,60
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	98,20	Pfdr. Pfandbriefe	5	72,75
do. do.	3	86,80	Italienische Rente	5	92,90
Konsolidirte Anleihe	4	106,00	Rumänische Anleihe	6	—
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	98,40	do. fudurte Anl.	5	101,50
do. do.	3	86,90	Braunsch. Pr. Anleihe	4	105,60
Staats-Schuldverschreib.	3 $\frac{1}{2}$	99,50	Goth. Präm. Pfdr.	3 $\frac{1}{2}$	113,00
Ostpreuss. Prog. Oblig.	3 $\frac{1}{2}$	95,00	Hamburg. 50 thlr.-Loose	3	136,10
Weitp. Prog. Oblig.	3 $\frac{1}{2}$	—	Lübeck. Mind. Pr. S.	3 $\frac{1}{2}$	132,90
Landisch. Centr. Pfdr.	4	—	Lübecker Präm. Anleihe	3 $\frac{1}{2}$	132,90
Ostpreuss. Pfandbrief	3 $\frac{1}{2}$	97,00	do. Tred. L. v. 1858	4	328,00
Pommersche Pfdr.	3 $\frac{1}{2}$	97,60	do. Loose von 1860	5	127,10
do. do.	4	—	do. do.	5	324,00
Polenische neue Pfdr.	4	101,60	Obenburger Loose	5	129,00
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	96,90	Pr. Bräm. Anleihe 1855	3 $\frac{1}{2}$	172,00
Weitp. Pfandbriefe	3 $\frac{1}{2}$	97,10	Raab-Graz 100 T.-Loose	4	104,90
do. neue Pfdr.	3 $\frac{1}{2}$	97,10	Ruf. Präm. Ant. 1864	5	172,50
Pomm. Rentenbriefe	4	103,20	do. do. von 1866	5	164,25
Polenische do.	4	103,10	Ung. Loose	—	256,75
Polenische do.	4	103,20			

Ausländische Fonds.

Dellerr. Goldrente	4	96,90	Hypotheken-Pfandbriefe.		
Dellerr. Papier-Rente	5	91,20	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	81,50	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	—
do. Gilber-Rente	4 $\frac{1}{2}$	81,50	III. IV. Em.	4	—
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 $\frac{1}{2}$	100,50
do. Papier-Rente	4 $\frac{1}{2}$	89,90	Pr. Central-Bod.-Cr. B.	4 $\frac{1}{2}$	114,50
do. Gold-Rente	4	92,90	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	95,00
Russ. Engl. Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Br. Hypoth.-Akt.-Bk.	4	102,75
do. do.	4	98,25	do. do. do.	4	100,80
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,10	do. do. do.	4 $\frac{1}{2}$	100,70
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,20	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	94,00
Russ. Anleihe von 1889	4	76,20	Stettiner Nat.-Hypoth.	4 $\frac{1}{2}$	104,90
Russ. 2. Orient.-Anleihe	5	77,40	do. do. do.	4	99,00
do. 3. Orient.-Anleihe	5	—	Russ. Bob.-Cred.-Pfdr.	5	109,90
Russ. Poln. Schdz.-Obl.	4	94,75	Russ. Central-do.	5	94,80

Deutsche Fonds.

Dellerr. Goldrente	4	96,90	Hypotheken-Pfandbriefe.		
Dellerr. Papier-Rente	5	91,20	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	81,50	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	—
do. Gilber-Rente	4 $\frac{1}{2}$	81,50	III. IV. Em.	4	—
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 $\frac{1}{2}$	100,50
do. Papier-Rente	4 $\frac{1}{2}$	89,90	Pr. Central-Bod.-Cr. B.	4 $\frac{1}{2}$	114,50
do. Gold-Rente	4	92,90	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	95,00
Russ. Engl. Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Br. Hypoth.-Akt.-Bk.	4	102,75
do. do.	4	98,25	do. do. do.	4	100,80
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,10	do. do. do.	4 $\frac{1}{2}$	100,70
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,20	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	94,00
Russ. Anleihe von 1889	4	76,20	Stettiner Nat.-Hypoth.	4 $\frac{1}{2}$	104,90
Russ. 2. Orient.-Anleihe	5	77,40	do. do. do.	4	99,00
do. 3. Orient.-Anleihe	5	—	Russ. Bob.-Cred.-Pfdr.	5	109,90
Russ. Poln. Schdz.-Obl.	4	94,75	Russ. Central-do.	5	94,80

Deutsche Fonds.

Dellerr. Goldrente	4	96,90	Hypotheken-Pfandbriefe.		
Dellerr. Papier-Rente	5	91,20	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	81,50	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	—
do. Gilber-Rente	4 $\frac{1}{2}$	81,50	III. IV. Em.	4	—
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 $\frac{1}{2}$	100,50
do. Papier-Rente	4 $\frac{1}{2}$	89,90	Pr. Central-Bod.-Cr. B.	4 $\frac{1}{2}$	114,50
do. Gold-Rente	4	92,90	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	95,00
Russ. Engl. Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Br. Hypoth.-Akt.-Bk.	4	102,75
do. do.	4	98,25	do. do. do.	4	100,80
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,10	do. do. do.	4 $\frac{1}{2}$	100,70
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,20	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	94,00
Russ. Anleihe von 1889	4	76,20	Stettiner Nat.-Hypoth.	4 $\frac{1}{2}$	104,90
Russ. 2. Orient.-Anleihe	5	77,40	do. do. do.	4	99,00
do. 3. Orient.-Anleihe	5	—	Russ. Bob.-Cred.-Pfdr.	5	109,90
Russ. Poln. Schdz.-Obl.	4	94,75	Russ. Central-do.	5	94,80

Deutsche Fonds.

Dellerr. Goldrente	4	96,90	Hypotheken-Pfandbriefe.		
Dellerr. Papier-Rente	5	91,20	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	81,50	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	—
do. Gilber-Rente	4 $\frac{1}{2}$	81,50	III. IV. Em.	4	—
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 $\frac{1}{2}$	100,50
do. Papier-Rente	4 $\frac{1}{2}$	89,90	Pr. Central-Bod.-Cr. B.	4 $\frac{1}{2}$	114,50
do. Gold-Rente	4	92,90	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	95,00
Russ. Engl. Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	102,00	Br. Hypoth.-Akt.-Bk.	4	102,75
do. do.	4	98,25	do. do. do.	4	100,80
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,10	do. do. do.	4 $\frac{1}{2}$	100,70
do. Rente	4 $\frac{1}{2}$	107,20	do. do. do.	3 $\frac{1}{2}$	94,00
Russ. Anleihe von 1889	4	76,20	Stettiner Nat.-Hypoth.	4 $\frac{1}{2}$	104,90
Russ. 2. Orient.-Anleihe	5	77,40	do. do. do.	4	99,00
do. 3. Orient.-Anleihe	5	—	Russ. Bob.-Cred.-Pfdr.	5	109,90
Russ. Poln. Schdz.-Obl.	4	94,75	Russ. Central-do.	5	94,80

Deutsche Fonds.

Dellerr. Goldrente	4	96,90	Hypotheken-Pfandbriefe.		

<tbl_r cells="6" ix="5" maxcspan="1"